

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Sesfenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Seite 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindeemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 115.

60. Jahrgang.  
Donnerstag, den 22. Mai

1913.

## Staatseinkommen- und Ergänzungsteuer betr.

An die sofortige Bezahlung der 1. Termine obiger Steuern wird hiermit erinnert.  
Stadttrat Eibenstock, den 21. Mai 1913.

Wir weisen noch besonders darauf hin, daß zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs von Sachsen

## Sonntag, den 25. Mai 1912, nachmittags 1/2 Uhr

ein Festmahl im oberen Saale des Rathaus-Hotels stattfindet.  
Diejenigen Herren aus Eibenstock und Umgegend, die sich hieran beteiligen wollen, werden mit dem Bemerkten ergebenst eingeladen, daß der Preis eines Gedrucks 3,00 Mk. beträgt und die Anmeldungen bis zum 22. Mai 1913 bei Herrn Hotelier Thomas zu bewirken sind.  
Stadttrat Eibenstock, den 16. Mai 1913.

## Graf Stürgkh über die Ereignisse auf dem Balkan.

In der Dienstag-Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß man sofort in die erste Lesung des Budgetprovisoriums einzutreten. Ministerpräsident Stürgkh ergriff hierzu das Wort und kam dann auch auf die auswärtigen Ereignisse der letzten Monate zu sprechen, wobei er ausführte:

Ich trage dem Augenblick Rechnung, wo wir unter dem unmittelbaren Eindruck großer weltgeschichtlicher Ereignisse stehen (Hört! hört!), indem ich an meine Ausführungen über die innere Politik eine knappe Erörterung der auswärtigen Lage anschließe, während die nähere Darlegung der einschlägigen Fragen verfassungsmäßig dem kompetenten Forum der Delegationen vorbehalten bleiben muß. Die von der Monarchie in der Balkanfrage eingenommene Haltung war durch die Richtlinien gegeben, welche sich unsere auswärtige Politik seit langem durch Aufstellung des Prinzips vorgezeichnet hatte, der selbständigen Entwicklung der Völker am Balkan tunlichste Förderung angedeihen zu lassen. Es erscheint mir als eine folgerichtige Anwendung obiger Prinzipien, wenn der programmatische Satz „der Balkan den Balkanvölkern“ allen Völkern des Balkans, also auch dem albanesischen Elemente, zu nützen kommen sollte. In diesem Sinne hat sich Österreich-Ungarn die Schaffung eines selbständigen Albanien zum Ziele gesetzt, dessen Konstituierung übrigens bereits durch frühere diplomatische Arbeit, namentlich in Vereinbarung mit dem alliierten Italien, vorausgesehen war.

Hierdurch erscheint das vitale Interesse der Monarchie an der unveränderten Erhaltung der bisherigen Machtverhältnisse an der Adria sichergestellt. Solange die Entscheidung auf dem Schlachtfelde noch nicht gefallen war, hat die Monarchie, von dem Gedanken geleitet, die militärischen Operationen nicht zu behindern, keinen Einspruch dagegen erhoben, daß albanesisches Territorium von den Truppen Serbiens, Montenegro's und Griechenlands besetzt werde. Unterdessen hatte unser Auswärtiges Amt Sorge getragen, für das von uns verkündete Prinzip der Schaffung eines selbständigen albanesischen Staatswesens die Sanktionierung der anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages zu erwirken. Von den Beschlüssen der Londoner Botschafterkonferenz über die Nord- und Nordostgrenze Albanien's wurden nach deren Akzeptierung durch die einzelnen Kabinette die kriegsführenden Balkanstaaten in Kenntnis gesetzt. Trotz dieser Verständigung und der gleichzeitigen Aufforderung an Montenegro, die Belagerung von Skutari aufzuheben, hat die königliche Regierung in Cetinje den aussichtslosen Kampf fortgesetzt und sich dadurch in Widerspruch mit dem Willen Europas gebracht. In der Absicht, Montenegro zum Einlenken zu bewegen, sind die Mächte zu Zwangsmaßnahmen geschritten, die anfangs die Form einer bloßen Flottendemonstration, nachmals jene einer friedlichen Blockade annahmen. Da aber diese Mittel nicht zureichend erschienen, sah sich Österreich-Ungarn veranlaßt, in London die Erklärung abzugeben, daß es sich vorbehalten müsse, in gegebenen Momenten die entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung des Willens Europas selbständig zu ergreifen. Der Ministerpräsident bezeichnete es dann bei der komplizierten politischen und nationalen Struktur der Monarchie und bei den zahlreichen Beziehungen einzelner Teile der Bevölkerung zu den geistigen Mittelpunkten auswärtiger Kulturen als ganz begründlich und natürlich, wenn die von ihm gekennzeichnete Entwicklung der auswärtigen Politik nicht auf allen Seiten des Hauses ein gleichmäßiges Gefühl der Zustimmung ausgelöst habe. Er glaube aber, daß das Haus aus seinen Darlegungen eins entnehmen könne, das auf allen Seiten, mit der

gleichen Befriedigung verzeichnet werden müsse, nämlich die würdige und erfolgreiche Geltendmachung der Interessen der Monarchie und ihre Bestrebungen auf Wahrung eines ehrenvollen Friedens.

Im Anschluß hieran mögen gleich die heute eingelaufenen, die Balkanereignisse betreffenden Depeschen folgen:

Belgrad, 20. Mai. Anlässlich des bevorstehenden Zusammentritts der Londoner Friedensdelegation wird in maßgebenden serbischen Kreisen die Zuversicht ausgesprochen, daß der Frieden in kürzester Zeit abgeschlossen sein wird. Serbien, das den Friedensbedingungen der Großmächte zugestimmt hatte, habe für die Unterzeichnung des Präliminarvertrages nur eine besondere Forderung formeller Natur zu stellen, nämlich im Friedensprotokoll der von den Großmächten anerkannte Anspruch Serbiens auf einen kommerziellen Ausgang an der Adria angeführt werde. Hierdurch soll auch das vertragsmäßig erworbene Recht Serbiens festgesetzt werden.

Konstantinopel, 20. Mai. Das bulgarische Blatt „Dernik“ veröffentlicht den Text einer Militärkonvention zwischen Griechenland und Serbien, welche Prinz Nikolaus von Griechenland mit dem serbischen Oberkommandierenden General Putnik abgeschlossen hatte. Die Bedingungen sind folgende: 1. Serbien unterstützt Griechenland in der Frage von Saloniki. 2. Griechenland unterstützt Serbien hinsichtlich der Okkupation der Länder rechts des Wardaflusses. 3. Süd-macedonien wird zwischen Griechenland und Serbien geteilt. 4. Sollte Bulgarien diese Bedingungen nicht annehmen, so würden beide Staaten Bulgarien diese Forderungen mit Waffengewalt aufzwingen.

Konstantinopel, 20. Mai. Der „Tasvir-i-Eski“, der jetzt öfters zu offiziellen Meldungen benutzt wird, beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Problem der Ägäischen Inseln. Er versichert, daß Nachrichten aus Rom vorliegen, wonach Italien die von ihm okkupierten Inseln an Griechenland abtreten würde, wenn Griechenland nicht weiter den Besitz der dem Kanal von Korfu gegenüberliegenden albanischen Küste erstreben wollte. Das Blatt lehnt es ab, vorläufig zu glauben, daß Italien dem Vertrage von Dschuh eine solche Auslegung gibt, und erwartet, daß diese Nachricht von Rom aus dementiert und daß die von Italien besetzten Inseln der Türkei restituieren werden.

Frankfurt am Main, 20. Mai. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Genf hatte sich an das dortige serbische Konsulat gewandt mit der Anfrage, ob die Gerüchte von der Abdankung König Peters auf Wahrheit beruhen. Dem Korrespondenten wurde die Antwort erteilt, daß von einer solchen Absicht des Königs nichts bekannt sei. Nach einer persönlichen Information des Korrespondenten stammt die Nachricht von der Abdankung des Königs von einer durchaus glaubwürdigen Persönlichkeit, die zum König intime Fühlung hat.

Graz, 20. Mai. Der „Graz'er Tagespost“ meldet man von der montenegrinischen Grenze, daß dort eine aus einem Offizier und mehreren Soldaten bestehende österreichisch-ungarische Patrouille von Montenegrinern gefangen genommen wurde.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Begrüßung der hohen Gäste zum Hochzeitsfeste im Kaiserhause. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin werden in diesen Tagen zur Hochzeit ihrer einzigen Tochter von einem glänzenden Kreise erlauchter Gäste umgeben sein. Nächst den hohen Eltern des Bräutigams begrüßen wir mit besonderer Freude das englische Königspaar und den Kaiser von Rußland. Gilt ihre Anwesenheit auch nur

einem Familienfeste, so bildet doch die damit beendete Herzlichkeit der persönlichen Beziehungen unter den drei Monarchen ein wertvolles Imponderabile für die Sicherheit des wechselseitig unge störten Fortschritts der großen Kulturnationen Europas. Ein herzliches Willkommen erwartet die Großherzogin Luise von Baden, die verehrungswürdige Tochter Kaiser Wilhelms I., und die anderen Verwandten des hohen Brautpaares, die aus Dänemark und deutschen Bundesstaaten in Berlin erscheinen und durch ihre Gegenwart dem Hochzeitsfeste Würde und Glanz verleihen werden. Möge die Mitfreude, die das Familienfest im Kaiserhause überall begleitet, von froher Vorbedeutung für das Glück des jungen Paares sein!

Begnädigung englischer Espione. Der Kaiser hat den wegen Spionage zu Festungshaft verurteilten englischen Offizieren Brandon und Trench und dem wegen des gleichen Delikts verurteilten englischen Rechtsanwalt Stewart den Rest ihrer Strafe im Gnadenwege erlassen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Maßregel mit dem bevorstehenden Besuch König Georgs von England und der allgemeinen Besserung der deutsch-englischen Beziehungen in Zusammenhang bringt.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte am Dienstag die neuen Truppenerteile für die Infanterie, die Pioniere und den Train. Das Zentrum beantragte, statt rund 1500 nur 530 Leutnants und Oberleutnants zu bewilligen.

### Desterreich-Ungarn.

Reservistenentlassung in der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine. Wie in Marinekreisen verlautet, wird demnächst bei der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine eine partielle Reservistenentlassung erfolgen.

Ein Mörder infolge sozialdemokratischer Verheerung ist nach eigenem Geständnis der Wiener Eisenbahnergehülfe Paul Kuschak, der am 11. Februar den sozialdemokratischen Abgeordneten Franz Schuhmeier hinterücks durch einen Pistolenschuß ermordet hat. Er erklärte vor Gericht, er sei durch die rückwärtslose ununterbrochene Heße sozialdemokratischer Arbeiter aus seinen Stellungen hinausgedrängt worden, und deshalb aus Verzweiflung zur Tat geschritten, um sich an einem der sozialdemokratischen Führer zu rächen. Denn diese seien durch ihre Wahlarbeit und ihre Irrlehren schuld daran, daß die ihnen anhängenden Arbeiter durch ihren starrsinnigen Terrorismus seine Existenz vernichtet hätten.

### Frankreich.

Die Untersuchung der Militärkrawalle. General Pau ist am Dienstag morgen um zehn Uhr in Toul angekommen. Er hofft, in drei bis vier Tagen seine Untersuchung über die dort vorgekommenen Militärkrawalle beendet zu haben. Die Zahl der verhafteten Soldaten ist nicht bekannt; man spricht von hundert. General Pau will nicht untersuchen, welche Rolle jeder einzelne Soldat bei den Manifestationen gespielt hat, er wünscht vielmehr den Ursprung der Unruhen zu erforschen. Man ist in militärischen Kreisen davon überzeugt, daß der erste Anlaß zu den Manifestationen von außen gekommen sei. Die „Confédération generale du travail“ wird allseits als die Unruhefisterin genannt. Die Zivilbevölkerung, so sagt die „Liberte“, sieht wie vor einem Rätsel und fordert energische Bestrafung der Schuldigen, da sie eine ruhige Garnison zu haben wünscht, welche als Grenzgarison den übrigen Garnisonen Frankreichs mit gutem Beispiele vorangehen soll. Am Dienstag abend während der Parade vor dem Denkmal der im Kriege 1870 gefallenen französischen Soldaten war nahezu die ganze Zivilbevölkerung von Toul zugegen und rief: „Hoch die Armee, Hoch Frankreich!“ Die Manifestanten wurden von der Menge ausgepöffelt. Man sagt, daß verschiedene Dekonomiehandwerker sich am Dienstag geweigert hätten, ihre Arbeit aufzunehmen; sie wurden sofort in Arrest abgeführt. Auch mehrere